

Stand: 24.07.2010 14:09:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/2387

"Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien garantieren und Atomausstiegsdebatte sofort beenden"

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber, Dr. Hans Jürgen Fahn** und **Fraktion (FW)**

Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien garantieren und Atom- ausstiegsdebatte sofort beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat dafür einzusetzen und ihren Einfluss geltend zu machen, dass die energiepolitischen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWG) und das Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetz (KWKG) kein Nachteil entsteht.
2. durch die fortgesetzte Diskussion über die Laufzeitverlängerung von AKWs die Perspektive für eine positive Entwicklung und Förderung von erneuerbaren Energien und deren umfassende Nutzung nicht zu behindern.

Begründung:

Der Bericht der Monopolkommission „Energimärkte im Spannungsfeld von Politik und Wettbewerb - Strom und Gas 2009“ stellt in der Kurzfassung gleich zu Anfang völlig richtig klar:

„Stabile Rahmenbedingungen, deren Änderungen möglichst vorhersehbar und transparent sind, und eine konsistente Energiepolitik, die klare Prioritäten setzt, sind entscheidend für ein investitionsfreundliches Klima in der Energiewirtschaft. Die politischen Ziele und ihre Gewichtung sollten nicht wiederholt kurzfristig verändert werden. Gefragt ist eine klare und vorhersehbare Energiepolitik mit möglichst stabilen Rahmenbedingungen.“

Die EE-Wirtschaft erlebt nach wie vor eine exponentielle Entwicklung. Damit einhergehend werden trotz anhaltender Wirtschaftskrise Arbeitsplätze wie in keinem anderen Sektor in großer Zahl geschaffen. Erneuerbare Energien stärken mit mittelständischen Strukturen regionale Wirtschaftskreisläufe. Alle bisher gesteckten Ziele für die Anteile der erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieproduktion sind bereits aus heutiger Sicht nicht nur erreichbar, sondern leicht zu übertreffen. Das Gleiche gilt für die Klimaschutzziele, die an die ständig verbesserten Möglichkeiten angepasst werden müssen.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber, Dr. Hans Jürgen Fahn** und **Fraktion (FW)**

Drs. 16/2387

**Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien garantieren und Atom-
ausstiegsdebatte sofort beenden**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Atomkraftnutzung nicht verlängern - Atomstrom bis 2025 ist mehr als genug (Drs. 16/2373)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)

Bayern braucht Sonne statt Radioaktivität: Atomkraft entsprechend Konsens beenden - Erneuerbare Energien stärken (Drs. 16/2386)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)

Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien garantieren und Atomausstiegsdebatte sofort beenden (Drs. 16/2387)

(Unruhe)

- Bevor ich die gemeinsame Aussprache eröffne, bitte ich Sie dringendst, Ihre Gespräche nach draußen zu verlagern. Gespräche sind legitim. Aber wer zuhören möchte, sollte daran nicht gehindert werden.

Das Wort hat Herr Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die neue Bundesregierung hat sich entschlossen, den mühsam gefundenen Atomkonsens aus dem Jahr 2000 aufzukündigen. Mit der Aufkündigung des Atomkonsenses werden die Planungssicherheit und die Investitionssicherheit aufgegeben, die

man in diesem Konsens gefunden hatte und die aus einer jahrelangen Debatte zum Thema Atomausstieg hervorgegangen sind.

Die Planungssicherheit, die in dem Konsens im Jahr 2000 vereinbart worden ist, hat auch dazu geführt, dass die Reaktoren Reststrommengen zugeordnet bekommen haben. Deshalb wird die aktuelle Debatte darüber, dass Laufzeiten bis 2020 zu kurz seien, falsch dargestellt. Die aktuelle Entwicklung zeigt uns, dass wir schon jetzt bei dem gültigen Atomausstiegsgesetz noch Laufzeiten der AKW von gut 16 Jahren haben.

Das hat einmal damit zu tun, dass ein Großteil der AKW - zurzeit in der Anzahl sechs - nicht am Netz ist. In den letzten Jahren ist einer Anzahl von AKW infolge von Unfällen, Baumängeln und Reparaturarbeiten der Betrieb teilweise entzogen oder ausgesetzt worden. Die Namen Biblis, Brunsbüttel und Krümmel haben dadurch traurige Berühmtheit erlangt. Herr Kollege Thalhammer, das sind deutsche AKW mit angeblich deutschen Sicherheitsstandards.

Hinzu kommt, dass, wie vorhin schon einmal erwähnt wurde, am Wochenende, aber auch nachts von Mitternacht bis 7.00 Uhr in der Frühe zum Beispiel das AKW Neckarwestheim regelmäßig vom Netz genommen wird, da die Strommenge nicht benötigt wird.

Diese nicht genutzten Strommengen muss man sozusagen an die unter dem Atomkonsens vereinbarten Reststrommengen anhängen. Das verlängert die Laufzeit unter dem gültigen Atomrecht ohne Weiteres um zusätzliche 16 Jahre. Das ist durchaus genug. Erstaunlich ist aber, dass das den Atomkonzernen, der Staatsregierung und der neuen Bundesregierung nicht genug zu sein scheint. Sie haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, an dem Ausstieg zu rütteln und die Laufzeiten verlängern zu wollen.

Aber wie so oft nach Wahlen kommt es dicker als angekündigt. In den Wahlkampfreden hieß es immer wieder, die Brückentechnologie müsse um acht bis zehn Jahre verlängert werden. Wer das geglaubt hat, wird in diesen Tagen eines Besseren belehrt. An dem aktuellen Stand der Koalitionsverhandlungen kann man deutlich feststellen, dass für die Atomindustrie quasi eine Ewigkeitsgarantie vorgesehen ist. In dem Text heißt es näm-

lich, die Atomenergie sei so lange unverzichtbar, bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann.

Gleichzeitig will man aber auch die erneuerbaren Energien überall dort weniger fördern, wo sie in die Richtung einer Grundlastverdrängung kommen. Aber das kann nicht funktionieren. Auf der einen Seite redet man davon, man brauche ein Marktanzreizprogramm, wonach Strom aus erneuerbaren Energien in Spitzenzeiten anders vergütet wird als zu anderen Zeiten. Aber so gelangt man nie ans Ziel. Es kann ja nicht dahin kommen, dass die erneuerbaren Energien der Atomkraft die Grundlastbedienung wegnehmen können. In dieser Hinsicht ist man hinters Licht geführt worden.

Ein anderer Punkt ist die Sicherheitsfrage. Da haben sich vor allem die Kollegen der FDP teilweise lautstark aus dem Fenster gelehnt. In Schleswig-Holstein hat man gehört, Brunsbüttel und Krümmel sollten vorzeitig stillgelegt werden. So hieß es immer wieder in den Medien.

Aber in dem Entwurf der Koalitionsvereinbarungen nach dem heutigen Stand steht kein Wort darüber, dass die AKW frühzeitig vom Netz gehen sollten.

In Nordrhein-Westfalen hat der Wirtschaftsminister Pinkwart deutlich geäußert, im nächsten Jahr müssten fünf AKW stillgelegt werden. Davon ist nichts zu lesen. Davon wurde nur gesprochen. Es war ein Wunschdenken. In dem aktuellen Stand der Koalitionsvereinbarung ist davon nichts zu lesen, dass ältere AKW früher vom Netz gehen sollen.

Man weiß nicht, wer sich bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin durchsetzt. Ist es die CSU, die FDP oder die CDU? Man weiß es nicht. Aber ein Bereich hat sich durchgesetzt: die Atomlobby; das muss man ganz ehrlich sagen. Sie hat eigentlich schon erreicht, was sie erreichen wollte. Die Chefvertreter der Atomlobby waren, überspitzt gesagt, mit Günther Oettinger, Roland Koch, Karl-Theodor zu Guttenberg, Guido Westerwelle am Koalitionsverhandlungstisch in Berlin. Die haben dort die Lobbyarbeit der Betreiber gemacht.

Was eigentlich erstaunlich ist: Die Debatte ist nach der Bundestagswahl um einiges sachlicher geworden, wenn ich ganz ehrlich bin - jetzt nicht von den Parteien, aber von vielen kritischen Gruppierungen. Zum Beispiel hat das Katholische Büro in Berlin vor wenigen Tagen erklärt, die schwarz-rote Regierung habe den Beschluss zum Atomausstieg aus gutem Grunde nicht angetastet. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken meldet am 5. Oktober: "Der Einsatz für den nationalen und internationalen Klimaschutz muss intensiviert werden. Dazu gehört die Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes."

Für das Festhalten am Atomausstieg hat sich auch eine ganze Reihe von Umweltgruppen ausgesprochen; das brauche ich hier wohl nicht näher zu erklären. Was mich aber in den letzten Wochen erstaunt hat, ist, dass sich auch eine ganze Reihe von staatlichen Stellen dazu geäußert und eigentlich gegen eine Laufzeitverlängerung ausgesprochen hat.

Das Umweltbundesamt hat sich unter seinem früheren Leiter, dem ehemaligen CDU-Mitglied Andreas Troge, damals gegen eine Laufzeitverkürzung ausgesprochen, aber auch bei seinem Nachfolger kommt immer wieder heraus, dass die Laufzeitverlängerung im Gegensatz zur Energiewirtschaft und zum Klimaschutz in Deutschland steht und eigentlich nicht sein kann.

Das Umweltbundesamt hat letzte Woche noch einmal deutlich nachgelegt und darauf hingewiesen, dass die Verlängerung der Laufzeiten der alten AKW auch dazu führt, dass die Wirkung des Emissionshandels, die eh schon relativ gering anzusetzen ist, noch weiter untergraben wird und man davon ausgehen kann - die Emissionsrechte wurden nach dem damals gültigen Atomausstiegsgesetz vergeben -, dass diese AKW eines Tages vom Netz gehen und eine Laufzeitverlängerung die CO₂-Zertifikatpreise endgültig in den Keller drängt. Das muss man einmal ganz ehrlich sagen; sie sind jetzt schon eh relativ weit unten.

Der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz hat darauf hingewiesen, dass auch die Suche nach einem geeigneten Endlager für hoch radioaktive Abfälle und abgebrannte Brennelemente ungleich schwerer werden würde, wenn die Atommüllproduktion nicht zeitlich befristet wird und die einzulagernde Menge nicht absehbar ist. Das ist doch genau das Problem, vor dem wir jetzt stehen: Wir wissen nicht mehr, wie viel noch hinzukommt, sollen aber schon ein optimales Endlager suchen.

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen hat in diesem Sommer ein Papier veröffentlicht mit dem Titel: "Weichenstellung für eine nachhaltige Stromversorgung". Selbst in diesem Papier heißt es wörtlich: "Hohe Anteile von Grundlastkraftwerken sind mit dem Ausbau erneuerbarer Energien nicht vereinbar." Grundlastkraftwerke sind Atomkraftwerke, das steht außer Zweifel. - Das also steht im Papier des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Umweltfragen.

Der Präsident des Bundeskartellamtes hat sich ganz aktuell - ich glaube, es war vorgestern - im "Handelsblatt" zu dem Thema zu Wort gemeldet. Ich zitiere hier eine ddp-Meldung: "Wenn die Laufzeiten verlängert werden, wird die hohe Verdichtung der Erzeugungskapazitäten zementiert." Das sagt der Kartellamtspräsident Bernhard Heitzer. Gleichzeitig würde unabhängigen Energieerzeugern "der Boden unter den Füßen weggezogen".

Jetzt wende ich mich vor allem an die Kollegen der FDP: Wir sind uns doch alle einig, dass die Monopolstruktur aufgebrochen werden muss, aber mit den längeren Laufzeiten der großen AKW zementieren wir doch eigentlich die Monopolstruktur und sind damit auf dem falschen Weg. Da ist einmal das Sicherheitsrisiko. Wir haben die gewaltige Blockade der erneuerbaren Energien, die das mit sich bringt, und das Monopol der großen Versorger wird nicht gebrochen - was eigentlich immer Ziel der FDP war, soweit ich das den Wahlprogrammen entnehmen konnte.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Die einzigen, die durch die Laufzeitverlängerung wirklich gewinnen und einen Vorteil haben, sind die vier großen Konzerne. Sie haben einen Vorteil, ohne Zweifel. Aber ich glaube, Politik ist doch dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht dem Wohl der vier großen Konzerne. Das ist, glaube ich, ganz deutlich.

(Widerspruch bei der CSU)

In diesem Sinne bitte ich Sie, zu überlegen, ob man nicht an dem alten Atomkonsens festhalten sollte. Es war ja ein Konsens. Wenn man an ihm festhielte, wäre das allemal besser als ein Rückfall in die Neunzigerjahre. Vielleicht kann man Sie in diesem Falle nicht belehren, aber eines ist sicher: Die Debatten werden Sie sicher nicht los - sicher nicht hier im Parlament, sicher nicht in den Medien, sicher nicht in den Verbänden und sicher auch nicht auf der Straße vor den AKW.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Hartmann. - Für die SPD hat Herr Wörner das Wort. Bitte.

(Thomas Kreuzer (CSU): Jetzt geht das wieder los!)

Ludwig Wörner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich nahtlos an den Vorredner anschließen.

(Erwin Huber (CSU): Einfach nur darauf Bezug nehmen!)

- Das würde Ihnen so gefallen, Herr Huber; Sie haben es mit eingebrockt! Sie sind dabei, an Ihre eigene Heimat in Niederbayern in dieser Frage Hand anzulegen.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben deshalb einen eigenen Antrag eingebracht, weil wir noch einmal verfestigen und der Bevölkerung, den Menschen deutlich machen wollen, was Sie vorhaben: Sie wollen einen Konsens, den diese Gesellschaft geschlossen hat, aufkündigen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Mit 15 % kann man, glaube ich, nicht den Anspruch erheben, zu sagen: Wir haben den Auftrag, das anders zu machen.

(Zuruf von der CSU)

- Da würde ich vorsichtig sein.

Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass es in Bayern schon einmal einen Aufstand gegen eine Wiederaufbereitungsanlage gegeben hat, und ich befürchte, Sie sind auf einem guten Weg, das wieder zu inszenieren.

(Zuruf von der CSU)

Wir könnten uns und der Bevölkerung das auch sparen, indem wir uns an das halten, was in der Politik wieder dringend geboten wäre, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass ein einmal eingeschlagener Weg nicht im Zickzack endet, wie Sie es und der Ministerpräsident permanent machen, sondern dass Kontinuität herrscht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) - Zuruf von der CSU: Ha, ha, ha!)

Wir brauchen für Investitionen gerade in erneuerbare Energien Kontinuität und keine Zurufpolitik: heute so, morgen so.

Gerade bei den erneuerbaren Energien versuchen Sie jetzt zu sagen: Bei Photovoltaik könnten wir die bisher gewährten Fördermittel kürzen, weil Voltaikanlagen billiger geworden seien. Das beweist offensichtlich, dass Ihre Ahnung in solchen Fällen nicht sehr groß ist. Der derzeitige Preisverfall bei Voltaikanlagen ist, wie Insider wissen, der Politikänderung in Spanien geschuldet - sonst gar nichts. Sobald sich das wieder ändert, erholt sich dieser Markt, und dann sind wir wieder bei den alten Preisen. Aber dann haben Sie mehr oder weniger die Förderung reduziert und richten damit Schaden an - auch bei den Landwirten.

Es wundert mich ganz besonders, dass die Lobby der Landwirte da nicht aufschreit, wenn Sie an die Förderung der Voltaik Hand anlegen. Die Landwirte haben nämlich erkannt, dass das ihr zweites Standbein ist. Gerade in Niederbayern, Herr Huber, haben das die Landwirte erkannt. Denen nehmen Sie jetzt Teile der Förderung weg und wundern sich dann, wenn sie nicht mehr wissen, was sie machen sollen. Jetzt sagen Sie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion: Subventionen sind - das ist eher FDP-Sache - des Teufels; es muss ja nicht immer stimmen, wenn man so etwas behauptet; manchmal ist es richtig. - Wir haben doch das Gesetz so angelegt mit dieser Gleitklausel, mit der Abschmelzung. Das reicht völlig aus, meine Damen und Herren, daran muss man nicht erneut etwas basteln und drehen, weil das viel zu gefährlich ist und die Zukunft derer, die diese Anlagen bauen wollen - das ist die bayerische Bevölkerung, nicht viele Investoren -, verbaut, wenn Sie daran Hand anlegen und eine Verunsicherung herbeiführen, die bereits heute, so sagen uns Installateure, spürbar wird. Denn jeder sagt: Jetzt warten wir erst einmal, was da passiert! - Ich würde auch nicht investieren, wenn ich nicht weiß, wie es weitergeht.

Damit schaden Sie dieser Idee, aber auch der Bevölkerung,

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

die bereit war, unsere Idee - nämlich umzusteigen - mitzutragen.

Ein Weiteres. Ich habe es heute schon einmal gesagt: Sie reden von Brückentechnologie. Ich sage es Ihnen noch einmal: Sie bauen die Brücke am Ende in den Sand. Sie wissen, dass Sie jede Menge Plutonium, plutoniumfähiges Material anhäufen. Das nimmt zu, es wird nicht weniger in den Jahren, in denen Sie Laufzeitverlängerungen haben wollen, sondern dieser Dreck nimmt zu.

Sie haben neulich herrlich über die Zukunft geredet, die Jugend und die Verantwortung. Das sage ich Ihnen: Das wird schwierig, wenn Sie diesen Weg beschreiten. Sie häufen ja mehr von dem Dreck an. Wie wollen Sie das denen gegenüber rechtfertigen, von denen Sie sagen, Sie vertreten sie?

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Da müssen Sie sich etwas anderes überlegen oder den Kurs, der derzeit im Bund eingeschlagen wird, verändern.

Deswegen unser Antrag "Bayern braucht mehr Sonne statt Radioaktivität". Wir sind der Meinung, es ist notwendig, dass man an dem beschlossenen gesellschaftspolitischen Konsens letztendlich festhält und nicht versucht, ihn aufzuweichen. Wir halten es für notwendig, die heute bereits bestehende EEG-Degression in der Form fortzuführen, in der sie festgeschrieben ist, und nichts Neues zu erfinden und damit zu verunsichern, einen wesentlichen, starken, wachstumsorientierten Wirtschaftszweig in seinem Wachstum zu stören. Nein, wir müssen das weiterhin fördern.

Wir wollen aus dieser Atomtechnologie heraus. Entgegen den Aussagen von Minister Zeil haben wir als SPD sehr wohl ein Szenario vorgelegt. Sie müssten sich vielleicht einmal die Mühe machen und in den Papieren aus der Vergangenheit suchen, in denen wir Ausstiegsszenarien beschrieben haben. Die gibt es sehr wohl - entgegen Ihrer Meinung. Dort steht, wie es geht. Das war auf die Ziele des Ausstiegsszenarios abgestimmt, und deswegen halten wir es für notwendig, daran festzuhalten. Wir halten nichts von der Panikmache, die Lichter gingen aus. Meine Damen und Herren, wir haben zu viel Strom.

Im Übrigen darf ich Ihnen eines sagen, Herr Minister Zeil. Ihre Aussage, wir können die Stromschwankungen nicht ausgleichen trifft nicht zu. Das können Sie mit Kernkraftwerken überhaupt nicht, weil Kernkraftwerke auf Schwankungen viel zu träge reagieren. Da brauchen Sie Spitzenleistung und nicht Trägheitsleistung, wie Sie es heute Morgen beschrieben haben.

Stimmen Sie unserem Antrag zu, wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN auch zu.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern - Hubert Aiwanger (FW): Ihr stimmt hoffentlich auch dem Antrag der Freien Wähler zu!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Wörner. Für die Freien Wähler spricht Herr Dr. Fahn. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir von den Freien Wählern wollen raus aus der Atomenergie. Ich stimme meinen beiden Vorrednern zu. Wir wollen auch, dass der mühsam ausgehandelte Atomkompromiss beibehalten und nicht wieder aufgetrennt wird. Wir wollen das auch deshalb, weil wir wissen, dass der größere Teil der Bevölkerung dies auch so sieht. Herr Hartmann hat schon angesprochen, dass sehr viele Interessengruppen in unserem Lande das ähnlich sehen.

In dem Kompromiss steht, dass die Laufzeit von AKW auf 32 Jahre befristet wird. Das erste AKW soll 2011, das letzte rechnerisch 2022 abgeschaltet werden. Das ist noch sehr viel Zeit, in der wir mit Atomenergie leben müssen.

Es gibt in den letzten Wochen und Monaten sehr viele Umfragen; 60 bis 70 % der Bevölkerung je nach Umfrage befürworten diesen Ausstieg und die Beibehaltung dieses Kompromisses. Jeder weiß, dass die Atomenergie ein Risikofaktor ist. Wir sollten durch das Energieeinspeisungsgesetz weiterhin Vorreiter im Sektor regenerative Energien sein. Es wurde schon erwähnt, dass eben keine Versorgungslücke eintreten würde. Wir haben durch diesen Kompromiss einen berechenbaren Ausstieg geschaffen. Da haben kleine und kommunale Energieversorgungsunternehmen einen sicheren Planungshorizont, um Investitionen in erneuerbare Energien zu tätigen. Das ist wichtig, denn im Koalitionsvertrag steht das noch unverbindlich drin. Das ist ungenau und ergibt keine Planungssicherheit.

Parallel zu Energieeinsparmaßnahmen sinkt auch die Nachfrage nach Energie. Energiesparen wird attraktiver, Energiepreise bleiben stabil. Auch AKW benötigen natürlich Rohstoffe. Die Umstellung auf regenerative Energien, die wir offensiv vertreten sollen, schafft energetische Unabhängigkeit und damit Krisensicherheit. Die regenerativen Energien schaffen mehr Arbeitsplätze, als durch den Atomausstieg insgesamt verloren

gehen. Die regenerativen Energien sind große Wachstumsmärkte der Zukunft. Wir wissen auch, dass die Endlagerung von Atombrennstäben ein ungelöstes Problem ist und auch in Zukunft noch nicht gelöst werden kann. Eine erneute Verschiebung, wie jetzt angedacht, zugunsten der Kernenergie nähme für die erneuerbaren Energien und die betreffenden mittelständischen Unternehmen - darauf hinzuweisen kommt es uns von den Freien Wählern auch an - Planungssicherheit. Deshalb wäre es wichtig, dass es so bleibt wie bisher.

Auch der saarländische Ministerpräsident Müller - deswegen hoffen wir noch - weist auf den Fahrplan hin, wie der Ausstieg aus dieser Brückentechnologie gehen soll. Der saarländische Ministerpräsident, der jetzt mit einer Jamaika-Koalition arbeiten muss - da ist die Frage der Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke nicht populär -, muss schauen, wie das Saarland im Bundesrat damit umgeht.

Wir von den Freien Wählern haben eine Strategie. Wie unser Vorsitzender Hubert Aiwanger immer sagt: Wir stehen für eine pragmatische, ideologiefreie Lösung in der Energiepolitik, die Planungssicherheit und Nachhaltigkeit garantiert.

Es liegen insgesamt drei Anträge vor: die Anträge der GRÜNEN, der SPD und der Freien Wähler. Wir werden den Anträgen der GRÜNEN und der SPD selbstverständlich auch zustimmen, weil die große Mehrheit der Deutschen und der Interessenverbände dies so will. Dies wird auch die neue Bundesregierung noch akzeptieren müssen.

Unser Konzept lautet kurz und knapp: Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien verbessern und nicht dauernd über die Verlängerung der Restlaufzeiten für Atomkraftwerken diskutieren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die CSU-Fraktion hat Herr Reiß um das Wort gebeten. Bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über die Laufzeit der Kernkraftwerke diskutieren, dann müssen wir zunächst zur Kenntnis nehmen, dass die fünf bayerischen Kernkraftwerke in Bayern den Strombedarf in unserem Land zu 60 % decken. Nach den im geltenden Atomgesetz festgelegten Rahmenbedingungen und Reststrommengen sind diese Kraftwerke innerhalb der nächsten 11 Jahre vom Netz zu nehmen.

Ich unterstelle, dass wir in dieser Zeit die bestehende Spitzenposition Bayerns bei der Nutzung der Biomasse, der Wasserkraft, der Sonnenenergie und der Geothermie weiter ausbauen werden und auch die Windkraftnutzung zu nehmen wird. Ich unterstelle weiterhin, dass wir das im Koalitionsvertrag vereinbarte ehrgeizige Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 30 % zu steigern, womöglich sogar übertreffen werden.

Doch auch, wenn uns das gelingt, bleibt im Grundlastbereich eine immense Deckungslücke. Eine schwere Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit in Bayern wäre die Folge. Eine verantwortungsvolle Politik sollte unserer Industrie und der Bevölkerung in Bayern schon erklären können, wie wir bei der stark schwankenden Einspeisung aus Wind und Sonne die Stromversorgung auch an trüben, windlosen Dezembertagen und -nächten sicherstellen wollen. Auch wenn die Einzelheiten der Koalitionsverhandlungen über die Grundsätze der Energiepolitik noch nicht vorliegen, können Sie davon ausgehen, dass die Koalition in Berlin einen großen Schwerpunkt auf die regenerativen Energien legen wird, und das auch ohne Ratschläge der bayerischen Opposition, auch wenn Sie sich natürlich wünschen, dort mitmischen zu können.

Die künftige Koalition will hin zu einer Versorgung mit alternativen Energien. Bis diese jedoch in ausreichendem Maße und Umfang möglich ist, muss die Zeit ideologiefrei überbrückt werden. Dafür wird eben auch die Kernenergie als Übergangstechnologie mit der Zielsetzung benötigt, dass sie irgendwann verzichtbar ist.

Wir brauchen ein energiepolitisches Gesamtkonzept, und zwar - anders, als es im SPD-Antrag nicht nur bezogen auf die erneuerbaren Energien heißt - ohne ideologische Scheuklappen für alle Energieträger. Konkret heißt das: Es gilt, die Modernisierung des Kraftwerkparks und den Ausbau der erneuerbaren Energien miteinander zu verknüpfen und neue zukunftsfähige Strukturen zu schaffen. Des Weiteren müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Verbesserung der Energieeffizienz voranzutreiben. Ein breiter Energiemix, der die Vorteile der verschiedenen Energieträger nutzt und intelligent miteinander verbindet, bildet hier die Grundlage. Die erneuerbaren Energien werden hierbei eine immer wichtigere Rolle spielen. Sie sind ein unverzichtbarer und stetig weiter wachsender Bestandteil unserer Energieversorgung.

Über die Laufzeiten der Kernkraftwerke und die Frage der Abführung etwaiger Zusatzgewinne muss mit den Betreibern der Kernkraftwerke ergebnisoffen verhandelt werden. Hier ist auch die Option in die Verhandlungen einzuführen, notfalls am Ausstieg festzuhalten, wenn sich die Konzerne weigern, einen spürbaren Anteil der aus der Laufzeitverlängerung resultierenden Dividende für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung zu stellen. Werden die hier zu erwartenden Milliarden in die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien investiert, heißt das mittelfristig: Weniger Kohle, weniger Kernenergie, aber mehr Wind, Wasser, Biomasse und Solar. Das bedeutet aber auch, dass Fragen der Netzintegration, einer bedarfsorientierten Einspeisung, einer intelligenten Steuerung und Vernetzung sowie von Speichermöglichkeiten stärker in den Vordergrund rücken müssen. Wir sollten den Mut zu einem unbefangenen Energiedialog finden. Unserem Land würde es gut tun, was auf die drei vorliegenden Anträge nicht zutrifft. Deshalb werden wir sie ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, danke. Herr Wörner hat gebeten, eine Zwischenbemerkung machen zu dürfen.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege, wir müssen uns einmal über den Begriff Ideologie und ideologiefrei unterhalten. Ideologen sind Menschen, die an etwas festhalten. Die SPD hat sich in der Frage der Kernenergie deutlich gewandelt. Wer ist nun der Ideologe: Derjenige, der festhält, so wie Sie, oder diejenigen, die gemerkt haben, dass es ein Fehlweg war und einen neuen Weg versuchen? Das müssen Sie für sich selber beantworten.

Zweitens, Sie malen auch wieder das Bild: Die Lichter gehen aus. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die Stadtwerke München nachweisen, dass sie genügend regenerative Energien erzeugen, um die Haushalte der Stadt München mit regenerativen Energien zu versorgen. Das geht, wenn man will, bei Ohu II bis zum Ende der Laufzeit sehr wohl. So ist es geplant und nachvollziehbar, weil wir von zuverlässigen Daten ausgehen.

Drittens: Wenn Sie nach Geld suchen, um die regenerativen Energien zu fördern - denn Sie wollen die Energieerzeuger mehr oder weniger zwingen -, dann sage ich Ihnen noch einmal: Eine Steuerersparnis von 320 Millionen Euro verbuchen die Kernkraftwerksbetreiber bei Zinsen, die sie aus den Rückstellungen gewinnen. Holen Sie sich doch die 320 Millionen! Seien Sie doch nicht so feige; die kriegen Sie heute schon. Jeder hier drinnen muss für die Zinsen, die er bekommt, 25 % Steuern zahlen. Warum nicht die Energieerzeuger, die Geld ohne Ende haben?

(Thomas Hacker (FDP): Déjà vu!)

So sollte man das Ding einmal aufzäumen, dann kommen wir gleich einen Schritt weiter.

Tobias Reiß (CSU): Wir hätten vielleicht die Diskussion auch so führen können, dass wir uns auf heute Vormittag, auf die letzten vier Stunden konzentriert hätten und dass jeder auf das Protokoll verwiesen hätte; denn am Sachverhalt hat sich in der Zwischenzeit nicht allzu viel geändert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Dann hätten wir die anderen Dringlichkeitsanträge vielleicht mit durcharbeiten können.

Nicht nur derjenige agiert politisch ideologiefrei, der nicht an alten Überzeugungen festhält, sondern auch derjenige, dessen Überzeugungen sich als die pragmatischeren und besseren Lösungen erweisen,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

der in die Zukunft agiert und dem Land einen Vorteil verschafft. In diese Richtung sollten wir gemeinsam weiterdiskutieren, um auch energiepolitisch weiterzukommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FDP hat Herr Thalhammer um das Wort gebeten. Bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Wörner, auch ich kann nahtlos an meinen Vorredner anknüpfen. Aber anders als Sie werde ich nicht alles wiederholen, was soeben schon gesagt wurde. Ich werde auch nicht wiederholen, was wir bereits an gleicher Stelle zum selben Ansinnen vor vier Stunden gesagt haben. Ich werde auch nicht wiederholen, was wir das letzte Mal im Umweltausschuss und das letzte Mal im Plenum hierzu gesagt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Ich bin sehr sicher, dass Sie mir nächste Woche mit Ihrem Ansinnen erneut die Chance geben werden, Ihnen zu erklären, dass das Konzept der FDP die Stärkung der erneuerbaren Energien ist und dass wir die Kernenergie als Brückentechnologie ansehen. Selbiges habe ich bereits vor vier Stunden an dieser Stelle gesagt. Zwei Mal am Tag muss das Ganze - auch im Sinne der Plenardisziplin - nicht sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es wurde von der CSU-Fraktion zu allen drei Anträgen namentliche Abstimmung beantragt, die wir aber nach der Geschäftsordnung erst in 15 Minuten durchführen können.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist ein trauriger Haufen! - Thomas Hacker (FDP): Aber es ist schön, dass wenigstens die SPD fröhlich ist!)

- Wir sind alle ganz souverän ob dieses Antrages und nehmen ihn zur Kenntnis.

(Unruhe)

Wir werden deswegen in der Tagesordnung erst einmal fortfahren, bevor wir in die namentliche Abstimmung eintreten können.

Ich gebe zwischendurch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Mehrheitsfraktionen CSU und FDP auf Drucksache 16/2370, "Strukturmaßnahmen für die Region Nürnberg nach dem Aus für Quelle voranbringen", bekannt. Mit Ja haben 137 Abgeordnete gestimmt. Kein Abgeordneter hat mit Nein gestimmt. Es gab 20 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD, "Das Aus für Quelle: Ein Fiasko für die bayerische Wirtschaftspolitik", Drucksache 16/2371, hat 34 Ja-Stimmen und 83 Nein-Stimmen gebracht. Es wurden 35 Stimmenthaltungen gezählt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die namentliche Abstimmung des Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Aiwanger, Schweiger, Muthmann und anderer und Fraktion Freie Wähler, betreffend "Quelle - Konzepte vorlegen", Drucksache 16/2372, hat 153 Ja-Stimmen ergeben. Mit Nein hat niemand gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer:

(Namentliche Abstimmung von 16.25 bis 16.28 Uhr)

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, auch diese Abstimmung ist nun geschlossen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)



